



CrossMark

Hildegard Niemann¹ · Wolfgang Straff²¹ Fachgebiet 24 Gesundheitsberichterstattung, Robert Koch-Institut, Berlin, Deutschland² Fachgebiet II 1.5 Umweltmedizin und gesundheitliche Bewertung, Umweltbundesamt, Berlin, Deutschland

Conditio sine qua non: Umwelt und Gesundheit

Umwelt und Gesundheit gehören zusammen und müssen gemeinsam gedacht und bewertet werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definierte Gesundheit bereits 1946 als einen „Zustand vollständigen körperlichen, geistig-seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur [als] Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen“. Damit wurde der Gesundheitsbegriff erstmals um den Begriff des Wohlbefindens erweitert, welcher offensichtlich ohne zuträgliche Umweltbedingungen nicht denkbar wäre. Die WHO vertiefte diese Perspektive mit der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung 1986 im Rahmen der WHO-Strategie „Gesundheit für alle“. Neben der Erkenntnis, dass für ein Leben in Gesundheit mehr als nur eine gute medizinische Versorgung vorhanden sein muss, wird Gesundheit auch als das Ergebnis komplexer Interaktionen zwischen Lebensbedingungen (sozialen Komponenten), Lebenswelten (bebaute Umwelt) und handelnden Menschen (Lebensweisen, Verhalten) verstanden.

Dieser Paradigmenwechsel in der Betrachtung von Gesundheit und Krankheit bedeutete auch eine Ergänzung der Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsschutzes: Zur Erkennung und Verhütung von Krankheiten kam nun die Förderung von Gesundheit hinzu. Dieses erfordert heute eine stärkere Betrachtung der (oft ungleichen) Verteilung von Gesundheitsressourcen, aber auch der heute komplexer zu bewertenden Umweltbelastungen. Neue Handlungsprioritäten entstehen und diese bedeuten auch eine stärkere politische Verantwortung für die gesundheitsrelevanten Umweltbedingungen. Die Akzeptanz der Sicht-

weise, dass Umwelt und Gesundheit zusammen zu betrachten sind, nimmt erfreulicherweise zu. Im Alltag und in den politischen Entscheidungsprozessen wird der Umweltaspekt bei der Gesundheitsprävention aber noch immer zu wenig berücksichtigt oder zuweilen auch in der Bedeutung unterschätzt.

In den letzten dreißig Jahren hat es eine Vielzahl von Programmen und Aktionen gegeben, denen das Gesundheitsverständnis der Ottawa Charta zugrunde lag. Aber auch heute kann man die präventive Gesundheitsförderung sowie das sie unterstützende Empowerment noch nicht als selbstverständlich ansehen.

Die Kommission „Umweltmedizin und Environmental Public Health“ berät das Robert Koch-Institut (RKI) und das Umweltbundesamt (UBA) in Fragen medizinischer und gesundheitlicher Aspekte von Umwelteinflüssen sowie zu umweltrelevanten Public-Health-Perspektiven. In diesem Rahmen beschäftigt sich die Kommission auch mit neuen Herausforderungen im Kontext von Umwelt und Gesundheit. Aus den Diskussionen in der Kommission mit dem RKI und dem UBA ist dieses Themenheft hervorgegangen.

Der Schwerpunkt des Heftes liegt auch 32 Jahre nach der Formulierung der Ottawa-Charta und deren Erneuerung durch die Wiener Deklaration 2016 auf dem Zusammenspiel zwischen Umwelt und Gesundheit. Im Heft werden klassische Themen wie umweltbedingte Erkrankungen sowie deren Prävention angesprochen. Dazu gehört die Evaluation sowohl von Lärminderungsmaßnahmen, die für den Schutz der Gesundheit notwendig sind (*Heinecke-Schmitt, Jäcker-*

Küppers, Schreckenberg: „Verringerung der Lärmbelastung am Wohnort“) als auch des Schutzeffektes festgelegter Umweltzonen (*Cyrus, Wichmann, Rückerl, Peters: „Umweltzonen in Deutschland“*), mit denen die Lärm- und Luftschadstoffbelastung reduziert werden soll. Denn trotz zahlreicher emissionsmindernder Maßnahmen, die auf der Grundlage des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie von Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union durchgesetzt wurden, treten zum Beispiel weiterhin lokale Überschreitungen auf: besonders der Tagesmittelwerte von Feinstaub und der Jahresmittelwerte von Stickstoffdioxid, die eine zu hohe Belastung der Bevölkerung anzeigen.

Weiterhin sollen in diesem Heft neue oder bislang weniger beachtete Umwelteinflüsse als Herausforderung für die Prävention in den Fokus gerückt werden. Dazu zählen Themen wie die Qualität der Innenraumluft (*Birmili, Kolossa-Gehring, Valtanen, Debiak, Salthammer: „Schadstoffe im Innenraum“*) und die Verbreitung von Kleinf Feuerungsanlagen (Kamine) als schwer regulierbare Luftschadstoffquellen (*Wolter, Quicker, Brand, Kraus: „Partikuläre Emissionen aus Einzelraumfeuerungen für Holzbrennstoffe“*). Aus Public-Health-Sicht sind mögliche Zusammenhänge von Umwelteinflüssen mit gesundheitlichen Belastungen der Bevölkerung komplex zu betrachten. Auch soziale Ungleichheit kann unterschiedliche Gesundheitsbelastungen bedeuten: Beispielsweise beeinflussen bestimmte Wohnbedingungen und Lebensstile die Gesundheitsrisiken der Menschen. Daher ist in den letzten Jahren Umwelt-

gerechtigkeit und deren Umsetzung in den Fokus der Politik gelangt. (Bolte, Bunge, Hornberg, Köckler: „Umweltgerechtigkeit als Ansatz zur Verringerung sozialer Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit“). Relevant ist ebenso die Information der Bevölkerung zur Bedeutung von Klima- und Umweltschutz (Heuson, Traidl-Hoffmann: „Bedeutung von Klima- und Umweltschutz für die Gesundheit mit besonderer Berücksichtigung von Schädigungen der Hautbarriere und allergischen Folgeerkrankungen“). Eine Verankerung von Umweltaspekten in epidemiologischen Studien in Deutschland bietet dabei die Möglichkeit, Umwelteinflüsse zu untersuchen und Gesundheitseffekte abzuschätzen; beispielhaft werden entsprechende Studien vorgestellt (Schneider, Rückerl, Standl, Markevych, Hoffmann et al.: „Epidemiologische Studien mit Umweltbezug in Deutschland“). Ferner werden Indikatoren vorgestellt, mit denen sich komplexe Sachverhalte im Kontext Umwelt und Gesundheit darstellen lassen (Tobollik, Kabel, Meikel, Hornberg, Plaß: „Übersicht zu Indikatoren im Kontext Umwelt und Gesundheit“). Neben sozialen und umweltbezogenen Ungleichheiten spielen auch Einflüsse des Wohnumfeldes eine Rolle: Welche Umwelten bieten Möglichkeiten zur passiven Erholung, regen zur Bewegung an, ermöglichen und unterstützen soziale Interaktionen? Welches sind die Merkmale der Natur oder der bebauten Umwelt, die Wohlbefinden, Gesundheit und Lebensqualität fördern? (Cläßen, Bunz: „Einfluss von Naturräumen auf die Gesundheit“). Das sind wichtige Fragen, die in verschiedenen Beiträgen dieses Heftes aufgegriffen und beleuchtet werden.

Zukunftsthema im Bereich Umwelt und Gesundheit bleibt die schon länger bestehende Forderung nach gesundheitsförderlichen Maßnahmen mit gesamtgesellschaftlichem Ansatz. Bei der Entwicklung und Umsetzung von Interventionsmaßnahmen ist eine enge Kooperation der Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Stadtentwicklungsressorts untereinander sowie mit Fachleuten aus Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt mit den Betroffenen selbst erforderlich. Umwelt- und Gesundheitsschutz für die

Menschen geschieht vor Ort. Viele verschiedene gesellschaftliche Akteure sind hier gefordert. Heute wird diese Thematik oft unter dem Stichwort „Health in All Policies“ behandelt (Zeeb, Hilderink, Forberger: „Umwelt und der „Health-in-all-Policies“-Ansatz“). Environmental Health in All Policies ist eine Möglichkeit, diesen Gesichtspunkt von Beginn an zu beachten und zu berücksichtigen, unter Einbeziehung aller beteiligten Akteure. Ebenso sollten geschlechtsbezogene Aspekte in der Forschung umweltbezogener Gesundheit vermehrt Berücksichtigung finden, denn Umwelt- und Gesundheitsschutz beinhaltet in vielen Fällen sehr individuelle Aspekte (Bolte, David, Debiak, Fiedel, Hornberg et al.: „Integration von Geschlecht in die Forschung zu umweltbezogener Gesundheit“). Die Berechnung von umweltbedingten Krankheitslasten in Deutschland ist eine Methode die zur Veranschaulichung von Umwelteinflüssen genutzt werden kann (Tobollik, Plaß, Steckling, Mertes, Myck, Ziese, Wintermeyer, Hornberg: „Umweltbedingte Krankheitslasten in Deutschland“).

Bei der Lektüre der vorliegenden Artikel wird deutlich: Die verschiedenen Beiträge in diesem Themenheft bilden bunte Mosaik von Umwelt und Gesundheit, die komplexe Interaktionen zwischen Lebensbedingungen, Lebenswelten und handelnden Menschen einschließen. Die Debatten um soziale und umweltbedingte Ungleichheit, die noch nicht ausreichende Prävention in einigen Bereichen sowie neue Erfahrungen mit „Gesundheit in allen Politikfeldern“ lassen einen Schluss zu: Die Diskussion um die Handlungsfelder der Ottawa-Charta muss weiterhin geführt werden. Seit der Ottawa-Charta hat sich vieles verbessert – aber gleichzeitig bleibt für Umwelt und Gesundheit noch einiges zu tun.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre



Hildegard Niemann



Wolfgang Straff

Korrespondenzadresse



Dr. H. Niemann

Fachgebiet 24 Gesundheitsberichterstattung, Robert Koch-Institut
General-Pape-Straße 62–66,
12101 Berlin, Deutschland
NiemannH@rki.de



Dr. W. Straff

Fachgebiet II 1.5
Umweltmedizin und
gesundheitliche Bewertung,
Umweltbundesamt
Corrensplatz 1, 14195 Berlin,
Deutschland
Wolfgang.straff@uba.de

Interessenkonflikt. H. Niemann und W. Straff geben an, dass kein Interessenkonflikt besteht.